Deutscher Bundestag **Drucksache 14/7175**
14. Wahlperiode 18. 10. 2001

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Winfried Wolf, Christine Ostrowski, Eva-Maria Bulling-Schröter, Rolf Kutzmutz, Ursula Lötzer, Rosel Neuhäuser, Roland Claus und der Fraktion der PDS

zu der Beratung der Großen Anfrage der Abgeordneten Karin Rehbock-Zureich, Angelika Mertens, Hans-Günter Bruckmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
sowie der Abgeordneten Albert Schmidt (Hitzhofen), Franziska Eichstädt-Bohlig, Winfried Hermann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 14/2551, 14/3862 –

Bahnreform und Eisenbahnpolitik

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

im Rahmen ihrer hundertprozentigen Eigentümerschaft an der Deutsche Bahn AG darauf hinzuwirken, dass als Teil der Bahnreform die Bahnhofsmissionen weiterhin integraler Bestandteil der Bahnhöfe der Deutsche Bahn AG bzw. der AG Station und Service bleiben und auch eine Einschränkung ihrer Tätigkeiten, wie sie vom Vorstandsvorsitzenden der Deutsche Bahn AG, Hartmut Mehdorn, gefordert wird, nicht erfolgt.

Begründung

Im Zuge des Umbaus der DB AG als Teil der Bahnreform hat sich der Vorstandsvorsitzende der Deutsche Bahn AG, dafür ausgesprochen, den Bahnhofsmissionen jede Essensausgabe in ihren Einrichtungen zu untersagen.

Dagegen ist festzuhalten:

– Bahnhöfe sind öffentliche Räume. In der Konsequenz stellen sie eine Widerspiegelung der sozialen Situation der Gesellschaft dar.

– Tausende von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bahnhofsmissionen leisten in den Bahnhöfen wichtige Hilfen und sind seit vielen Jahrzehnten integraler Bestandteil der Bahnhöfe.

– Die konkrete Arbeit der Bahnhofsmissionen ist überwiegend bezogen auf die Bedürfnisse der Fahrgäste.

Die Aussage des Vorstandsvorsitzenden der Deutsche Bahn AG, es gehe um ein Verbot der Essensausgabe an Obdachlose und Drogenabhängige (vgl. Frankfurter Rundschau vom 15. Oktober 2001), ist haltlos und lenkt von der eigentlichen Zielsetzung ab.

Der jetzige Vorstoß gegen die Bahnhofsmissionen fügt sich in ein höheres Ziel der Privatisierung der Bahn ein, aus Bahnhöfen als Gleiswelten mit Geschäftsanschluss Geschäftswelten mit Gleisanschluss zu machen. Die neuen „Konsumtempel“ zusammengefasst in der AG Station und Service könnten so als erste an die Börse gebracht und durch Mautgebühren für passierende und haltende Züge profitabel gemacht werden.

Der Schienenverkehr soll nicht mehr einer breiten Allgemeinheit eine alternative Verkehrsform bieten. Statt einer preisgünstigen Flächenbahn soll es die teure Schrumpf- und Hochgeschwindigkeitsbahn geben.

Vertreter der Caritas und des Diakonischen Werks bezeichneten die geplanten Änderungen bei den Bahnhofsmissionen nüchtern als Politik der „sozialen Apartheid“ (vgl. Frankfurter Rundschau vom 16. Oktober 2001).

Berlin, den 16. Oktober 2001

Dr. Winfried Wolf
Christine Ostrowski
Eva-Maria Bulling-Schröter
Rolf Kutzmutz
Ursula Lötzer
Rosel Neuhäuser
Roland Claus und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333